

Freispruch für CO2 – Revision der Energiewende überfällig!

geschrieben von Wolfgang Müller | 8. August 2013

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen steigenden CO₂-Gehalten der Luft und dem dadurch bedingten Temperaturanstieg existiert also nicht. Von Storch vermutet, dass in den Klimamodellen der Klima-forscher ein fundamentaler Fehler steckt und die Vorhersagen korrigiert werden müssen. Es ist höchste Zeit für einen Freispruch des CO₂ mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen:

- Revision der CO₂-Einsparziele „Klimaschutz durch CO₂-Reduktion ist nicht möglich. Das Klima kann man nicht schützen.

Klimawandel gibt es, solange die Erde sich dreht.

- Revision der Energiewende mit dem Schwerpunkt „Totaler Stopp für den Ausbau der Erneuerbaren Energien“. (Der Ausstieg aus der Kernenergie soll dabei nicht revidiert werden.)

- Revision der überzogenen CO₂-Grenzwerte für die Automobilindustrie

- Alle volks- und betriebswirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen zum Einsatz fossiler Energien mit dem Ziel einer höheren Energieeffizienz werden konsequent umgesetzt.

Dies vor dem Hintergrund, dass die von einer Ethikkommission vorgeschlagene Energiewende von Frau Merkel ohnehin bereits gescheitert ist. Umweltminister Altmaier befürchtet Kosten von mehr als einer Billion Euro durch den Umstieg auf Erneuerbare Energien. Die energiepolitische Revolution wird immer teurer. Die Devise der Grünen „*Erneuerbare ausbauen, egal was es kostet*“ führt zu einer De-Industrialisierung Deutschlands. Bundesminister Altmaier wird den Spezialauftrag des Kabinetts, den Strompreisanstieg zu verhindern oder doch wenigstens zu verhüten, nicht erfüllen können. Die neue Stromrechnung für das nächste Jahr könnte zu einer Katastrophe werden, politisch wie /2 wirtschaftlich. Die Strompreis-Umlage für Erneuerbare Energien beträgt in diesem Jahr 5,3 Cent/kWh. Der ungebremste Ausbau vor allem der Photovoltaik wird dazu führen, dass die Umlage in 2014 auf ca. 7 Cent/kWh ansteigt. Damit wird die finanzielle Belastung der privaten Haushalte (drei Personen, 3500 kWh/a) von bisher 186 Euro pro Jahr auf ca. 245 €/a anwachsen. Wenn die in der Energiewende geforderten Ziele z. B. für 2030 mit 50 % EEG-Stromanteil erreicht werden, wird die Belastung auf mehr als 500 Euro pro Jahr ansteigen – eine gnadenlose Kaufkraftvernichtung.

Die Industrie hat sich endlich auch

zu Wort gemeldet – sie schlägt Alarm.

Die Energiewende ist international ein Flop. Der deutsche Weg findet weltweit keine Nachahmer. Im In- und Ausland ist offensichtlich geworden, dass das frühere Versprechen unserer Politiker einer so gut wie kostenlosen Energierevolution nichts als eine Vorspiegelung falscher Tatsachen war. Die deutsche Klimapolitik wird als reines Wunschdenken kritisiert. Wir zahlen viel zu viel für ein schlechtes Ergebnis. Wir sind auf dem Holzweg. So sieht es auch EU-Energiekommissar Oettinger. Deutschland setzt seine Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel. Unsere Industrie-Strompreise gehören inzwischen zu den höchsten weltweit. Die energieintensiven Industrien (Stahl, Metalle, Papier, Zement, Chemie, Keramik) haben die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Ihre

internationale Wettbewerbsfähigkeit ist höchst gefährdet. Die energieintensiven Industrien fahren inzwischen schon ihre Investitionen zurück, zumal auch Planungssicherheit fehlt. Die Investition in einen neuen Hochofen muss sich über die gesamte Laufzeit von 30 Jahren rentieren.

Es ist unwahrscheinlich, dass in Deutschland nochmal ein neues Stahlwerk gebaut wird, eine große Chemiefabrik oder ein Werk für Karbon-fasern. Wer die freie Wahl hat, wird sich für Standorte entscheiden, die niedrige Energiekosten aufweisen.

Die Investitionen der Ausländer in Deutschland sind deutlich weniger geworden. Wir sind in der Statistik auf Platz 39 abgefallen. Umgekehrt sind deutsche Investitionen im Ausland stark angestiegen. Wer die freie Wahl hat, wird meist woanders

hingehen. In USA wird der Strom viermal billiger, wenn die Erdgasproduktion durch Fracking gesteigert wird.

Natürlich muss die Automobilindustrie energieeffiziente Fahrzeuge bauen. Auch im Automobilbau dürfen dabei die volks- und betriebswirtschaftlichen Grundregeln nicht außer Kraft gesetzt werden. Andernfalls werden die Neuwagen erheblich teurer. Eine Studie der RWTH Aachen beziffert den Preisaufschlag bei einem Grenzwert von 95 Gramm CO₂ /l auf 2800 bis 3600 Euro. Die Zusatzkosten sind außerhalb Europas nicht mehr wettbewerbsfähig. Damit wird die europäische Autoindustrie am Weltmarkt keine Rolle mehr spielen.

Die De-Industrialisierung in Deutschland verringert den Wohlstand, schwächt das soziale

**Netz. Wir nähern uns sehr schnell
der Situation der Industrie in
England und Frankreich.**

**Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling
Präsident Wirtschaftsvereinigung
Stahl a. D.**

**Vorsitzender Stahlinstitut VDEh a.
D.**

**Der Artikel erschien zuerst in der
FAZ Printausgabe vom 7.8.13**